

# Solidarische Lösung statt Zweiklassenmedizin

Rainer Arnold (SPD) plädiert für Bürgerversicherung und Reform des Pflegesektors

**Aus Sicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold sollten alle Menschen die für sie medizinisch notwendigen Leistungen unabhängig von Geldbeutel und Wohnort erhalten. Er plädiert deshalb für eine Bürgerversicherung.**

**Kirchheim.** Gesetzlich Versicherte kennen das Problem: lange Wartezeiten für den Besuch beim Facharzt, während privat Versicherte meist umgehend einen Termin erhalten. Der Grund für diesen Unterschied: Weil private Kassen die Mediziner besser bezahlen, erhalten privat Versicherte den besseren Service. Bedenkt man, dass ein privat versichertes Kind dem Arzt den vierfachen Verdienst bringt wie ein gesetzlich versichertes, mag das aus Sicht der Mediziner verständlich sein. Akzeptieren könne man diese Situation aber nicht, meint der Nürtinger Bun-

destagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD): „Die großen Lebensrisiken müssen wir solidarisch absichern. Und dazu gehört eine solidarische Versicherung, in die alle einzahlen und so dafür sorgen, dass auch alle die medizinisch notwendigen Leistungen bekommen – unabhängig von Geldbeutel und Wohnort.“

Arnolds Partei will deshalb die Bürgerversicherung. In sie sollen alle heute schon gesetzlich Versicherten, aber auch alle künftig neu zu Versicherten aufgenommen werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen wieder den gleichen Beitrag, wodurch der Arbeitnehmeranteil sinkt. Der Zusatzbeitrag, den klamme Kassen heute erheben können, fällt weg. Hinzu kommen ein höherer Steuerbeitrag und eine angemessene Beteiligung der Spitzenverdiener. „Mit diesen Maßnahmen können wir die Beiträge für Versicherte senken“, so SPD-Mann Arnold. Und macht eine Beispielrechnung auf: Der Facharbeiter mit 2 700

Euro brutto monatlich zahle heute 220 Euro Krankenversicherung. Sinke der Arbeitnehmerbeitrag auf 7,6 Prozent, würden nur 205 Euro fällig. „Aufs Jahr gerechnet macht das fast 200 Euro weniger – und das bei besserer Ge-



sundheitsversorgung.“ Ein „Weiter so!“ im Gesundheitswesen, wie es Union und FDP propagierten, sei daher falsch, so Arnold. „Schwarz-gelb zementiert den Weg zur Zweiklassenmedizin. Und die FDP betreibt oben drauf noch Lobbypolitik für die priva-

ten Krankenversicherer – zulasten der Solidargemeinschaft.“

Für die heute privat Versicherten gibt es Vertrauensschutz: Sie können weiter privat versichert bleiben, haben aber eine für ein Jahr begrenzte Wechselmöglichkeit in die Gesetzliche. „Viele privat Versicherte werden die ihnen heute verwehrt Wechselchance nutzen“, ist Arnold überzeugt, „denn die Prämien für Nichtbeamte in der Privaten Krankenversicherung werden in den kommenden zehn Jahren so stark steigen, dass kaum ein Rentner sie bezahlen kann.“

Eine weitere zentrale Frage ist für Arnold die Pflegeversicherung. „Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt ständig – und die Bundesregierung macht einige Reförmchen und den ‚Pflege-Bahr‘, der aber mehr die Interessen der privaten Versicherungswirtschaft und weniger die der Pflegebedürftigen im Auge hat.“ Für Arnold steht fest: „In punkto Pflege

haben Union und FDP vier wertvolle Jahre einfach verschenkt.“

Die Sozialdemokraten hingegen wollen mit dem Fachkräftemangel eines der drängendsten Probleme der Pflegebranche angehen. „Schon jetzt haben es Heime und ambulante Dienste schwer, geeignetes Personal zu finden“, so Arnold. Deshalb müssten in der Pflege 125 000 neue Stellen geschaffen werden. Auch Angehörige sollten mehr Hilfe erhalten, etwa durch Anhebung der Leistungen für Kurzzeit- und Verhinderungspflege auf 3 020 Euro. Das sei freilich nicht zum Nulltarif zu haben. Ein um 0,5 Prozentpunkte höherer Beitrag zur Pflegeversicherung brächte sechs Milliarden Euro jährlich. Das Geld soll in bessere Bezahlung der Pflegekräfte und bessere Betreuung von Demenzkranken fließen. Für SPD-Mann Arnold ist klar: „Gute Pflege kostet Geld. Aber das sollten uns Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte wert sein.“ pm